

Saarbrücker Zeitung, 21.03.2013

Streit um politische Projekte gegen Rechts beigelegt

Mit einem Schlichterschluss gegen rechtsextreme Gruppen endete gestern vor dem Oberlandesgericht ein Zivilprozess. Auf Vorschlag der Richter erklärten die beteiligten Vereine ihren Streit um die Förderung zweier Projekte gegen Rechts für erledigt.

Saarbrücken. Der Streit um die Förderung von zwei politischen Projekten gegen Rechts im Landkreis Saarlouis ist beendet. Vor dem Oberlandesgericht waren sich gestern das Adolf-Bender-Zentrum auf der einen Seite sowie Saarländischer Flüchtlingsrat und Aktion 3. Welt Saar auf der anderen Seite einig, dass der Kampf gegen rechtradikales Gedankengut eine gemeinsame Aufgabe aller Demokraten sei.

Konkret ging es dabei um die Aussage der letzteren beiden Organisationen in einer Presseerklärung, wonach das Bender-Zentrum Projekte gegen Rechts verhindere. Auslöser dieser Äußerung waren zwei Förderanträge, die im Jahr 2011 von einem Ausschuss des Landkreises in der gestellten Form beanstandet worden waren. In diesem Ausschuss sitzt das Bender-Zentrum mit beratender Stimme. Es berät zudem die Veranstalter von Projekten, hilft bei der Stellung von Förderanträgen, bei der Umsetzung und bei der Abrechnung solcher Vorhaben. Und es hielt damals die Anträge von Flüchtlingsrat und Aktion 3. Welt in der gestellten Form nicht für vollständig und genehmigungsfähig. Aber die Organisationen waren von ihrer Arbeit überzeugt und konterten mit besagter Presseerklärung. Das wiederum ging dem Bender-Zentrum zu weit, das seine Arbeit gegen Rechts nicht kleinreden lassen will. Es klagte auf Unterlassung vor dem Landgericht und bekam in erster Instanz Recht.

Dagegen wehrten sich Flüchtlingsrat und Aktion 3. Welt, sie legten Berufung ein. Also landete der Fall gestern vor dem Oberlandesgericht. Dort redete der Vorsitzende Richter den Beteiligten ins Gewissen: Beide Seiten seien sich einig in der Notwendigkeit des Kampfes gegen rechte Gruppierungen. Deshalb sei es unglücklich, wenn sie sich stritten. Nach kurzer Pause und Besprechung auf dem Flur des Gerichtsgebäudes einigten sie sich und erklärten den Rechtsstreit für erledigt. Die Kosten des Ganzen werden geteilt. wi